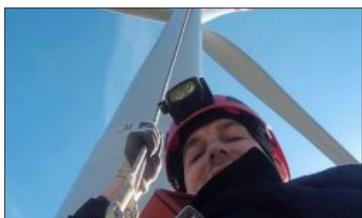


Was genau die 10-H-Regel besagt

Die 10-H-Regel schreibt vor, dass der Abstand eines Windrades zu Wohnsiedlungen mindestens das Zehnfache der Bauhöhe betragen muss – bei 200 Metern Rotorhöhe also zwei Kilometer. Die Vorschrift geht noch auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) zurück. (is)

Dieses Projekt ist an 10H kürzlich gescheitert

Die EnBW hat sich Ende Januar 2020 entschieden, das Windkraftprojekt in Pfettrach/Altdorf im Landkreis Landshut aufzugeben. Die Entscheidung wird mit neuen Erhebungen der Windverhältnisse in Verbindung mit den Marktbedingungen begründet. Dabei sollte die Anlage Ende 2020 ans Netz. Auslöser für die Entscheidung war laut eines EnBW-Sprechers die seit Spätherbst 2014 in Bayern geltende 10-H-Regelung. (is)



Dieser Notausgang geht steil nach unten – rund 140 Meter. Das muss man sich trauen. Foto: Höhenrettung Straubing

Nach dem Notausgang geht es abwärts

Windräder müssen natürlich wie jedes andere technische Gerät gewartet werden: Doch was ist, wenn Monteure in luftiger Höhe plötzlich in Not geraten und der Aufzug nicht mehr funktioniert. Dann muss oben auf den Windrädern der Notausgang gefunden und benutzt werden – und dort geht dann mit einem vollautomatischen Hubrettungsgerät mit zusätzlicher redundanter Seilsicherung bei Übungen teils über 140 Meter nach unten. Wie Monteure dieses Manöver überstehen – und wie Höhenretter Hilfe leisten können – zeigte sich kürzlich bei einer Übung mit der Höhenrettung Straubing im Windpark Velburg (Landkreis Neumarkt i. d. OPf). Höhepunkt war die Evakuierung aus der Windkraftanlage. Wie Höhenretter sagen, sind die ersten zehn Meter nach unten die schwierigsten. Danach heißt es: Aussicht genießen. Es darf nur nicht zu windig sein. (is)

Was ist der Bayerische Windatlas?

Der Bayerische Windatlas ist eine Planungs- und Orientierungshilfe für Kommunen, Regionale Planungsverbände, Privatpersonen, Energieversorgungsunternehmen, Investoren und andere Interessierte. Er kann aber weder eine Standortanalyse noch ein detailliertes Windgutachten ersetzen. (is)

Deutsche Firmen packen in Großbritannien an

Karlsruhe/London. (dpa) Die britische Regierung will das Vereinigte Königreich in ein „Saudi-Arabien der Windkraft“ verwandeln. Beim Ausbau möchten deutsche Unternehmen mitmischen. Der Karlsruher Energiekonzern EnBW und die britische BP bekamen nach Angaben vom Montag den Zuschlag für einen fast drei Gigawatt starken Windpark vor der schottischen Ostküste. Der Konzern Baywa aus München plant zudem eine schwimmende Windkraftanlage mit einer Leistung von 960 Megawatt. (dpa)

Dreht sich der Wind?

Kein einziger Antrag für Windräder in den ersten neun Monaten 2020. Bayerns Windkraft hat einen neuen Tiefpunkt erreicht – Wie die Politik jetzt gegensteuern will

Von Marco Hadem

Saubere und bezahlbare Energie findet jeder gut. Trotzdem sind gerade Windräder in Bayern ein Dauerstreitthema. Mit Folgen: Im Freistaat werden inzwischen praktisch keine Anträge mehr gestellt.

Der ohnehin seit Jahren nur noch schleppende Ausbau der Windkraft, hat im vergangenen Jahr sogar einen neuen Tiefpunkt erreicht: Zwar wurden in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres im Freistaat immerhin noch sechs neue Anlagen genehmigt, im gleichen Zeitraum wurden aber erstmals seit Einführung der 10-H-Abstandsregel keinerlei neue Genehmigungsanträge für neue Windräder gestellt. Das geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf Anfrage der Grünen im Landtag hervor, die der Deutschen Presse-Agentur in München vorliegt.

Zum Vergleich: 2012 wurden 271 Genehmigungsanträge gestellt, 2013 waren es 400, 2014 waren es 220 und 2020 lediglich 3. Deshalb sagt der energiepolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Martin Stümpfig: „Bei der Windkraft sind wir in Bayern jetzt auf dem Nullpunkt angelangt.“ Damit sei nach mehr als sieben Jahren 10-H-Regel der Tiefpunkt erreicht. „Das heißt auch: Wenn heute nichts beantragt wird, wird auch die nächsten Jahre kein Zubau erfolgen, denn die Genehmigungsverfahren dauern im Schnitt vier Jahre. Jetzt muss deshalb endlich die Windkraft durch Abschaffung von 10H zum Leben erweckt werden.“

CSU lehnt Abschaffung der 10-H-Regel bislang ab

Über die Abstandsregeln wird seit Jahren viel gestritten. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will am Donnerstag mit der Staatsregierung über das Thema sprechen, da die neue Bundesregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren will. Jüngst forderte auch die eigentlich CSU-nahe Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) eine Abschaffung der 10-H-Regel. Die CSU lehnt dies aber bislang weiterhin ab. Sie setzt für Bayern auf alternative erneuerbare Energien wie Sonne und Geothermie.

Die SPD fordert wegen des Streits eine Regierungserklärung zur Energieversorgung des Frei-



In Betrieb gingen im vergangenen Jahr in Bayern acht Windanlagen. Zugleich gingen 2021 zwei Anlagen wieder vom Netz. Eine Bilanz, die sich nicht mit ehrgeizigen Klimazielen deckt, wenn Windkraft dabei eine Rolle spielen soll. Die CSU ist der Ansicht, in Bayern eignen sich nur wenige Flächen für Windkraft. Foto: Daniel Karmann/dpa

staats. „Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) müssen die Frage beantworten, wie in Bayern Wirtschaft und Verbraucher mit klimaneutraler Energie zu bezahlbaren Preisen versorgt werden sollen“, sagte SPD-Fraktions- und Landeschef Florian von Brunn der dpa in München. Die SPD im Landtag ist für die Abschaffung der 10-H-Regel, notfalls auch über eine Änderung des Bundesrechts durch die neue Ampelregierung von SPD, FDP und Grünen in Berlin.

Mit Blick auf Söders Aussagen zu regenerativen Energiealternativen in Bayern zur Windkraft betonte von Brunn: „Bei der Wasserkraft sind die Potenziale fast ausgereizt und bei der Geothermie gibt es seit Jahren von Regierungsseite Stillstand und nur Ankündigungen.

Auch die bayerische Wirtschaft fordert vehement eine Aufhebung von 10H.“ Für Stümpfig belegen die Zahlen zum Ausbau eindrucklich, dass die Aussage der CSU, 10H würde die Akzeptanz von Windrädern in der Bevölkerung steigern, einfach nur Quatsch sei.

„Die Flaute setzt sich nahtlos fort“

In Betrieb gingen im vergangenen Jahr in Bayern nur acht Windanlagen. Zugleich gingen 2021 zwei Anlagen wieder vom Netz, so dass unter dem Strich nur sechs Anlagen neu hinzugekommen sind. Bayern hat damit den geringsten Bruttozuzubau in Bezug auf die Fläche, wie der bayerische Länderbericht zur Windkraft aufzeigt. „Die Flaute der letzten Jahre setzt sich nahtlos fort.

Das ist aber dramatisch für das flächengrößte Bundesland – ein riesiges Potenzial wird verschenkt“, sagte Stümpfig. Für eine saubere Energieversorgung und zum Erreichen der Klimaziele brauche es in Bayern 150 bis 200 Anlagen pro Jahr.

Söder machte indes nicht den 10-H-Erlass, sondern die natürlichen Gegebenheiten verantwortlich. In Bayern eigneten sich weniger Flächen für Windkraft, so dass dann in wenigen Gebieten sehr viele Windräder geballt stehen müssten. Dies ist laut Stümpfig nicht richtig: Mehr als die Hälfte der ausgewiesenen Windkraftflächen in Bayern seien noch frei, betonte er. Söder selbst habe im Sommer 2021 angekündigt, die Abstandsregel in den sogenannten Vorranggebieten auf 1000 Meter zu reduzieren.

„Ein Grund mehr, die CSU in die Opposition zu schicken“

Bundestagsabgeordneter Erhard Grundl (Grüne), Straubing: „Bundeswirtschaftsminister Habeck hat ja gerade eine erste Klimabilanz vorgelegt. Bei der Windenergie an Land und offshore sind wir auf dem niedrigsten

Stand seit zehn Jahren angelangt. Zwei Prozent der Landesfläche wären für den Ausbau der Windkraft nötig. Bayern, obwohl das größte Bundesland, gehört aufgrund der

umstrittenen 10-H-Abstandsregel zur nächsten Wohnbebauung zu den Schlusslichtern beim Ausbau der Windenergie. Mit Einführung der Abstandsregel ist der Ausbau praktisch zum Erliegen gekommen. An der Windhöflichkeit, also der Eignung, liegt das nicht. Das ist klimapolitisch- und wirtschaftspolitisch kurzsichtig. Was wir jetzt brauchen sind unbürokratische Verfahren für die Neubauplanung und Genehmigung von Windkraftanlagen, und



Bundestagsabgeordneter Erhard Grundl (Grüne) Foto: Erhard Grundl

zwar in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und dem Artenschutz. Die CSU und Ministerpräsident Söder haben ganz offensichtlich nicht die Kraft, sich dem notwendigen Ausbau der Windenergie zu widmen. Ein Grund mehr, sie nächstes Jahr auch in Bayern in die Opposition zu schicken.“

Stefan Müller-Kroehling, Landshuter ÖPD-Stadtrat: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien und von Speicherträgern ist eine der zentralen Aufgaben auf dem Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft. Gleichzeitig sind in Bayern die natürlichen Gegebenheiten –



ÖPD-Stadtrat Stefan Müller-Kroehling Foto: C. Vinçon

vergleich den Bayerischen Windatlas – anders als in den norddeutschen Küstenländern: dort mehr Wind, hier mehr Sonne. Die Solarenergie hat den entscheidenden Vorteil, praktisch keine Naturschutzproblematik mit sich zu bringen, während so-

wohl Wasser- als auch Windkraft, an der falschen Stelle eingesetzt, erhebliche Eingriffe in Bezug auf die Arten darstellen können. Zudem bringen Windräder in Siedlungsnähe Konfliktstoffe mit sich, die man auch nicht versuchen sollte, wegzureden. Ich bin daher für ein übergeordnetes, solide erstelltes Konzept, das die richtigen erneuerbaren Energien am richtigen Ort und dezentralen Speicherkapazitäten ausbaut. Eine Zuspitzung auf die Abschaffung von ‚10H‘ und auf eine Lockerung aller die Windkraft betreffenden Regelungen ist eine viel zu wenig differenzierte Vorgehensweise und birgt erhebliches Konfliktpotenzial für Natur und Mensch.“

munen, Stadtwerke als auch andere Investoren das vormalige Interesse an Planung, Bau und Betrieb von Anlagen in Bayern verloren haben. Genau dies aber, nämlich die verstärkte, dezentrale Erzeugung von Windstrom in Ergänzung zum Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern und in der Fläche, würde es Bayern ermöglichen, aus eigener Kraft und ohne teure Hochspannungsgleichstromübertragung trotz steigendem CO₂-Preis die Stromkosten zu stabilisieren. Ohne einen kräftigen Ausbau der Windenergie in Bayern kann die Klimaneutralität in Bayern nicht erreicht werden. Zudem wird sich nach dem Abschalten des AKW Isar 2 Ende 2022 die Abhängigkeit von Stromimporten aus anderen Teilen Deutschlands und Europas verstärken und durch den notwendigen Netzausbau weiter verteuern.“ (is)



BN-Kreisvorsitzende Kathy Mühlebach-Sturm Foto: Uli Schnyder

Kathy Mühlebach-Sturm, Kreisvorsitzende Bund Naturschutz Landshut: „Die 10-H-Regel muss in Bayern fallen. Aus den Zahlen zu Genehmigungsanträgen, Planung und Bau von Anlagen in Bayern in den vergangenen zehn Jahren ist leicht zu erkennen, dass die 10-H-Regel dazu geführt hat, dass sowohl Bürgerenergiegenossenschaften, Kom-